

Absender: Europäisches Parlament, Brüssel

An: Ms Josefina Fraile Martin
Terra SOS Tenible Asociacion

Ablehnung der Petition No 0964/2013

Sehr geehrte Frau Fraile Martin!

Ich möchte Sie davon in Kenntnis setzen, dass der Petitionsausschuss seine Untersuchung Ihrer Petition in seiner Sitzung vom 20-21. Juni fortgesetzt hat unter genauer Berücksichtigung der schriftlichen Ausführungen der Europäischen Kommission.

Ich füge eine Kopie der wohlbedachten Stellungnahme der Kommission in Form einer Mitteilung an die Mitglieder des Komitees zu Ihrer Information bei.

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass der Petitionsausschuss auf der Grundlage dieser Stellungnahme, der er voll zustimmt, entschieden hat, die Erörterung (rechtliche Prüfung) Ihrer Petition einzustellen und somit die Akte zu schließen.

Hochachtungsvoll,

Cecilia Wikstroem

Vorsitzende
des Petitionsausschusses

Europäisches Parlament

Petitionsausschuss

29.4.2016

Mitteilung an die Mitglieder

Betreff: Petition No 0964/2013 von Fraile Martin Josefina (Spanisch) im Namen von Terra SOS-tenible, Skyguards, Alternativa, 2 Unterschriften tragend, zur Direktive 2001/42/EC zur Prüfung der Auswirkungen bestimmter Vorhaben und Programme auf die Umwelt.

1. Zusammenfassung der Petition

Die Antragsteller verlangen, ein Green Paper (Grünbuch) auszuarbeiten und Untersuchungen anzustellen, wie militärische Aktivitäten sich auf die Umwelt auswirken, Offenheit in die militärischen Forschungsprojekte einzuführen sowie demokratische Verantwortlichkeit und

Zivilrecht in Umweltfragen im Hinblick auf jede militärische Aktivität anzuwenden.

Sie sind besorgt über die Tatsache, dass Europa seit Jahrzehnten massivem und heimlichem Versprühen von Aerosolen ausgesetzt wurde, zu Zwecken, die vermutlich den Versuch der Abschwächung eines offiziell (staatlich) anerkannten Erderwärmungsproblems und/oder die Förderung von HAARP-Operationen umfassen.

Diese Aktionen sind angeblich außerhalb jeglicher Rechtsstrukturen durchgeführt worden, national und international, ohne Kenntnis von der Zustimmung der Bevölkerung.

Sie fordern die EU auf, einzugreifen.

2. Zulässigkeit

Als zulässig erklärt am 11. Februar 2014. Auskünfte wurden von der Kommission gemäß der Richtlinie 216(6) erbeten.

3. Bescheid der Kommission, erhalten am 29. April 2016

Der Antragsteller verlangt eine vollständige Umsetzung des Antrages zur Beschlussfassung zu Umwelt, Sicherheit und Außenpolitik und, unter anderem, dass ein Grünbuch zu militärischen Aktivitäten, die die Umwelt beeinflussen, ausgearbeitet werde, dass Geheimhaltung im Bereich militärischer Forschung Widerstand entgegengesetzt und Offenheit und eine demokratische Prüfung militärischer Forschungsprojekte angeregt werde und dass Zivilrecht in Umweltfragen Anwendung fände im Hinblick auf alle militärische Aktivitäten.

Allerdings möchte die Europäische Kommission den Petitionsausschuss in Kenntnis setzen, dass sie für den Bereich militärischer Initiativen der Mitgliedsstaaten nicht zuständig ist.

Der EEAS ("Europäischer Außenaktions-Dienst") beschäftigt sich lediglich mit dem Aufbau und der Verwaltung militärischer/CSDP (Gemeinsamer Sicherheits- und Verteidigungsstrategie) Initiativen in Drittländern.

Folglich ist in der Petition jede Bezugnahme auf EU-Umweltgesetzgebung, insbesondere auf die Richtlinie 2001/42/EC, das Aarhus Abkommen und das Nagoya Abkommen zur Artenvielfalt im Hinblick auf militärische Aktivitäten ohne Sinn und Zweck.